

und Unterstützung sei von chinesischer Seite jederzeit verfügbar, sofern dafür ein Bedarf auf russischer Seite bestehe.

Der russische Botschafter war offenbar bemüht, den Vorfall möglichst reibungslos beizulegen. Er wolle die russische Regierung informieren. Ansonsten sollten beide Seiten den Vorfall aus der strategischen Perspektive der bilateralen Kooperation behandeln. Eine mögliche materielle Kompensation für möglicherweise entstehende Schäden auf russischem Territorium blieben ein Tabu sowohl auf Seiten der chinesischen als auch seitens der russischen Regierung. China lieferte Anfang Dezember 150 t Aktivkohle für die Filterung von Trinkwasser. Darüber hinaus wurde Mitte Dezember ein Damm errichtet, um den Zufluss eines Teils der Giftflut auf russisches Territorium zu unterbinden. (SCMP, 27.11.05, 2.12.05; WSJ, 1./17./20.12.05; XNA, 26.11.05, 6.12.05; Xinhua, 26.11.05, nach BBC PF, 27.11.05; RIA Novosti, 22.12.05, nach BBC PF, 23.12.05; IHT, 27.11.05)

Innenpolitik

Heike Holbig und
Katrin Willmann

Personelle Umbesetzungen auf Provinz- und Ministerialebene

In vier Provinzeinheiten und zwei Ministerien wurden Ende Dezember 2005 die Spitzenpositionen neu besetzt. Im Vorfeld des XVII. Parteitags der KPCh im Herbst 2007 sind die jüngsten personellen Änderungen

als Weichenstellungen der Parteispitze unter Hu Jintao für die Formierung der nächsten, „fünften Führungsgeneration“, also der Generation aussichtsreicher Politiker im Alter zwischen Ende Dreißig und Ende Fünfzig, zu werten.

Neu besetzt wurden die Ämter der Parteisekretäre in den Provinzen Heilongjiang, Guizhou, Hunan und in der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing. Während Qian Yunlu, 61, der zukünftige Parteisekretär Heilongjiangs, bislang als Parteisekretär in einer anderen Provinz (Guizhou) tätig war, wechseln in die anderen drei genannten Provinzeinheiten Politiker, die bislang Spitzenämter in zentralen Regierungs- und Parteiorganen eingenommen hatten.

Parteisekretär in Guizhou wird der 59-jährige Shi Zhongyuan, der zuletzt seit dem Jahr 2001 als Leiter des staatlichen Hauptamtes für Presse und Verlagswesen fungierte und aus früheren Tätigkeiten über Arbeitserfahrungen in den Provinzen Gansu und Jilin verfügt. Der 52-jährige Zhang Chunxian, der seit dem Jahr 2002 Verkehrsminister und zuvor in Yunnan tätig war, wird Parteisekretär der Provinz Hunan. Zum neuen Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing wurde schließlich der 50-jährige Wang Yang berufen, der zuletzt als stellvertretender Generalsekretär des Staatsrats und zuvor als stellvertretender Leiter der vormaligen Staatlichen Planungskommission fungiert hatte. Für die neue Tätigkeit in Chongqing dürfte er sich insbesondere durch seine Mitgliedschaft im Staatsratskomitee für das Drei-Schluchten-Staudammprojekt qualifiziert haben, von dessen Verlauf die weitere ökonomische Ent-

wicklung der Region stark abhängig ist. Aufgrund seiner frühen politischen Karriere im Kommunistischen Jugendverband der Provinz Anhui in den 1980er Jahren, als Hu Jintao dem Verband vorstand, gilt Wang Yang als Vertrauter des heutigen Parteichefs.

Abgesehen von Guizhou waren die anderen drei Neubesetzungen nötig geworden, weil die bisherigen Amtsinhaber Song Fatang (Heilongjiang), Yang Zhenwu (Hunan) und Huang Zhendong (Chongqing) das Pensionsalter von 65 Jahren erreicht haben bzw. in Kürze erreichen werden.

Als neuer Leiter des staatlichen Hauptamtes für Presse und Verlagswesen wurde der 59-jährige Long Ximin bestimmt, der zuletzt als stellvertretender Parteisekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing mit Zuständigkeit für den Medienbereich fungiert hatte. In das Amt des Verkehrsministers rückt der 59-jährige Li Shenglin nach, der seit Mai 2003 das Amt eines stellvertretenden Leiters der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform innehatte.

Die personellen Änderungen belegen zunächst die große Bedeutung des Rotationsprinzips unter Hu Jintao. Mit der strikten Durchsetzung regelmäßiger Positionswechsel auch in hochrangigen Partei- und Regierungsämtern nach jeweils vier bis fünf Jahren Amtszeit versucht die neue parteistaatliche Führung zum einen, die Korruption einzudämmen und die zentrale Kontrolle über die Provinzen zu stärken. Karrierepolitisch besonders relevant scheint dabei der Wechsel von Spitzenämtern in den zentralstaatlichen Organen in solche auf Provinzebene. Besondere Bewährungschancen bieten dabei erfolgreich bekleidete Spitzenposi-

tionen in den „Problem“-Provinzen in Zentral- und Westchina, während Parteisekretärsämter in den besser entwickelten Küstenprovinzen, aber auch in Nordostchina in der Regel als Sprungbrett in die höchsten parteistaatlichen Positionen dienen. Ein Beispiel dafür ist der Wechsel des 50-jährigen Li Keqiang, bis Dezember 2004 Parteisekretär der zentralchinesischen „Problem“-Provinz Henan, in die nordostchinesische Provinz Liaoning, die im Zuge der ökonomischen Revitalisierung als aussichtsreichste Provinz gilt. Li Keqiang wird allgemein als Favorit Hu Jintaos für dessen politische Nachfolge nach 2010 betrachtet.

Deutlich wird an den jüngsten personellen Änderungen auch die wachsende Bedeutung von Alters- und Bildungskriterien, die jüngere Politiker mit Hochschulabschlüssen nicht mehr nur in ingenieurs- und naturwissenschaftlichen, sondern verstärkt auch in sozialwissenschaftlichen Fächern begünstigen. Eine zunehmende Rolle spielen unter Hu Jintao aber offenbar auch politische Loyalität und Qualifikationen im ideologischen und Propagandabereich, die als zentral für die Aufrechterhaltung politischer Legitimität der kommunistischen Führung erachtet werden.

Die Welle personeller Umbesetzungen, von denen 2005 insgesamt fünfzehn Provinzfürhungen betroffen waren (vgl. C.a., 1/2005, Dok 9), wird sich in den Jahren 2006 und 2007 fortsetzen. Die Bekleidung wichtiger Ministerial- und Provinzämter beeinflusst die Zusammensetzung des nächsten Zentralkomitees, das auf dem XVII. Parteitag der KPCh bestimmt werden wird, und damit der in den Startlö-

chern befindlichen „fünften Führungsgeneration“. (Xinhua, 24.12.05, nach BBC PF, 25.12.05; Zhongguo tongxun she, Hong Kong, 5.1.06, nach BBC PF, 6.1.06; SCMP, 24., 28., 30.12.05; ST, 17., 25.12.05; Willy Lam, „The Fifth Generation of the Chinese Communist Party“, in *China Brief*, 1.2.06) -hol-

Erweiterung formaler NVK-Kompetenzen im Bereich der Verfassungsaufsicht

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) hat Mitte Dezember 2005 zwei Verfahrensregelungen verabschiedet, mit denen seine Kompetenzen zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von gesetzlichen Bestimmungen, die von zentralstaatlichen Organen und lokalen Behörden erlassen worden sind, gestärkt werden sollen.

Gemäß den neuen Verfahrensregelungen, die eine Überarbeitung früherer Regelungen darstellen, sollen Staatsratsorgane, die Zentrale Militärkommission, der Oberste Volksgerichtshof und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft sowie die Volkskongresse auf Provinzebene einen schriftlichen Antrag an den Ständigen Ausschuss des NVK zur Überprüfung gesetzlicher Bestimmungen stellen, wenn diese nach ihrer Auffassung gegen die Verfassung oder geltendes Recht verstoßen. Der Ständige Ausschuss ist verpflichtet, solche Anträge zu bearbeiten und den jeweils zuständigen Fachausschuss des NVK mit der gesetzlichen Überprüfung zu betrauen. Auch andere zentralstaatliche Organe sowie gesellschaftliche Vereinigun-

gen, Unternehmen, Dienstleister und Privatpersonen sind befugt, entsprechende Anträge zu stellen, doch obliegt es in diesem Fall dem Ständigen Ausschuss zu entscheiden, ob die Überprüfung der betreffenden gesetzlichen Bestimmung tatsächlich „notwendig“ ist. Falls Mitglieder der verschiedenen Fachausschüsse des NVK selbst zu der Auffassung gelangen, dass eine bestimmte gesetzliche Bestimmung gegen die Verfassung oder geltendes Recht verstoßen, sind auch sie befugt bzw. verpflichtet, die Verfassungsmäßigkeit der betreffenden gesetzlichen Bestimmung zu überprüfen.

Ähnliche Verfahrensregelungen wurden auch für Gesetzesauslegungen durch den Obersten Volksgerichtshof und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft verabschiedet, die nun ebenfalls vom Ständigen Ausschuss des NVK auf ihre Verfassungsmäßigkeit bzw. Konsistenz mit geltendem Recht hin überprüft werden können.

Für den Fall, dass der Ständige Ausschuss des NVK einen Verstoß gegen den Verfassungstext oder geltendes Recht feststellt, sehen die neuen Verfahrensregelungen folgende Schritte vor: Zunächst soll im direkten Gespräch mit dem für den Erlass der strittigen gesetzlichen Bestimmung zuständigen staatlichen Organ versucht werden, auf dem Verhandlungsweg eine einvernehmliche Lösung zu finden (*goutong xieshang*). Wenn dies nicht gelingt, soll der zuständige Fachausschuss des NVK einen schriftlichen Vorschlag für eine Revision der strittigen gesetzlichen Bestimmung vorlegen. Wenn das betreffende Organ auch diesem Vorschlag nicht nachkommt, ist der Ständige

Ausschuss befugt, die strittige gesetzliche Bestimmung zu annullieren.

Mit diesen neuen Verfahrensregelungen schreibt der Ständige Ausschuss des NVK sich Kompetenzen zu, die in anderen Rechtssystemen üblicherweise einem Verfassungsgericht zustehen. Formal erscheint dies durchaus als ein Schritt in Richtung Rechtsstaatlichkeit, der sich zudem positiv in die Anstrengungen zur Stärkung der Autorität der Verfassung einordnet, wie Hu Jintao sie seit seinem Amtsantritt als KPCh-Generalsekretär im Herbst 2002 unternommen hat. Faktisch ist allerdings durchaus zu bezweifeln, ob staatliche Organe und Verwaltungsbehörden auf zentralstaatlicher und lokaler Ebene, die seit Jahren oft eigenmächtig und abseits legislativer Prozedere gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen produzieren, sich diesem Kompetenzanspruch des NVK unterordnen werden. Einzelne chinesische Rechtsexperten sagen eine Intensivierung des Machtkampfs zwischen Staatsrats- und Justizorganen einerseits und dem NVK andererseits voraus. Eine wirkliche Lösung der strukturell bedingten Kompetenzkonflikte sehen sie nur in der Etablierung eines unabhängigen Verfassungsgerichts, die angesichts des politischen Führungsanspruchs der KPCh aber in weiter Ferne scheint. (*Fazhi Ribao*, 20.12.05; SCMP, 20.12.05) -hol-

Kampagne zur theoretischen Erneuerung des Marxismus

Mit einer groß angelegten Kampagne zum „Studium und Aufbau der marxistischen Theorie“ hat sich die Führungsspitze der

KPCh unter Hu Jintao zum Ziel gesetzt, die VR China zum weltweiten Vorreiter in der Modernisierung des Marxismus zu machen. Angesichts neuer globaler Herausforderungen und sozioökonomischer Entwicklungen soll die marxistische Wirtschaftstheorie zu einer tragfähigen Grundlage für das Modell einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ weiterentwickelt werden, wie die chinesische Führung es zur Beschreibung des seit den 1980er Jahren entwickelten Wirtschaftssystems heranzieht.

Bereits unmittelbar nach seinem Antritt als neuer KPCh-Generalsekretär im November 2002 ließ Hu Jintao in medienwirksamen Auftritten sein verstärktes Interesse am ideologischen Gedankengut des Marxismus erkennen. Ein Aufruf der Parteispitze (ZK) Ende 2004, dem Studium der Sozialwissenschaften und Philosophie mehr Aufmerksamkeit zu schenken, implizierte ebenfalls eine Rückbesinnung auf das marxistische Erbe im Umgang mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Gegenwart. Im Laufe des Jahres 2005 beschäftigte sich das Politbüro auf Anregung Hu Jintaos gleich in mehreren kollektiven Studiensitzungen mit Fragen der Anwendung des Marxismus auf Probleme der Gegenwart.

Mit der Gründung einer „Akademie für Marxismus“ an der renommierten Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) wurde das politische Ziel einer theoretischen Erneuerung des Marxismus Ende Dezember 2005 schließlich auch institutionell verankert. Präsident der neuen Akademie mit Sitz in Beijing ist der stellvertretende CASS-Präsident Leng Rong, der sich selbst als Experte für die Deng-Xiaoping-

Theorie ausweist. Zum geschäftsführenden Präsidenten wurde Professor Cheng Enfu benannt, der in der Parteispitze hohes Ansehen als Vordenker eines modernen Marxismus genießt.

Wie wenige Wochen später bekannt wurde, beschloss das Politbüro, bis zu 200 Mio. Yuan bereitzustellen, um landesweit rund 3.000 Akademiker und Experten der marxistischen Theorie mit der Kompilierung von 100 bis 150 marxistischen Lehrbüchern zu beauftragen. Auch solle in den kommenden Jahren verstärkt in die Errichtung neuer Forschungsinstitute, die Ausbildung weiterer Marxismus-Experten und die Produktion innovativer wissenschaftlicher Beiträge zur Marxismus-Diskussion investiert werden.

Wie Professor Cheng Enfu, offenbar der intellektuelle „Kopf“ der Kampagne, in verschiedenen Medieninterviews kundtat, ist er der Überzeugung, dass die marxistische Theorie sehr wohl Anwendung auf heutige Marktwirtschaften finden könne. Dies belege etwa das japanische Beispiel, wo wirtschaftspolitische Entscheidungen in der Nachkriegszeit maßgeblich durch marxistisch geschulte Ökonomen geprägt worden seien. Wie außerdem die jüngsten Regierungswechsel in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten zeigten, hätten linksgerichtete Ideologien keineswegs ausgedient. Mit dem nun aufgelegten ambitionierten Programm zur Modernisierung des Marxismus beabsichtige die VR China zwar keineswegs den Export revolutionärer Programmatik oder eine Vorreiterrolle in der globalen kommunistischen Bewegung, wie dies ehemals die Sowjetunion getan habe. Wohl aber

hoffe man, in der theoretischen Erneuerung vor allem des wirtschaftlichen Gehalts des Marxismus weltweit eine Vorbildfunktion einzunehmen. (Xinhua, 16.1.06, nach BBC PF, 17.1.006; XNA, 26.12.05; SCMP, 20., 23.1.06) -hol-

Ex-Minister wegen Korruption zu lebenslanger Haft verurteilt

Tian Fengshan, bis 2003 Minister für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen, wurde Ende Dezember 2005 von einem Beijinger Gericht zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Das Gericht warf ihm vor, seit dem Jahr 1995 zunächst in seiner damaligen Funktion als Gouverneur von Heilongjiang und seit dem Jahr 2000 in seiner Ministerfunktion insgesamt 4,36 Mio. RMB Yuan an Bestechungsgeldern entgegengenommen zu haben. Dank seiner kooperativen Haltung und umfassenden Geständnissen habe das Gericht dem 65-jährigen Tian Strafmilderung zugestanden. Es handelte sich um den höchstrangigen Korruptionsfall seit der Hinrichtung des stellvertretenden NVK-Präsidenten Cheng Kejie im Jahr 2001. Tian Fengshan war bereits im Jahr 2003 seines Ministeramtes enthoben und sein Fall zunächst einer parteiinternen Überprüfung unterzogen worden, bevor sich schließlich die Gerichte dem Fall annehmen konnten.

Der Bestechungsfall steht im Zusammenhang mit dem seit dem Jahr 2000 bekannt gewordenen Korruptionsskandal in der Provinz Heilongjiang um Ma De, den ehemaligen Parteisekretär der Stadt Suihua. Ma De, der im Juli 2005 zum Tod mit zweijähriger aufschiebender Wirkung ver-

urteilt worden war, hatte angegeben, Tian Fengshan im Jahr 1999 mit einer Summe von 100.000 RMB Yuan bestochen zu haben, um dessen Zustimmung für die Finanzierung eines Rundfunkprojekts zu erhalten.

Als weitere hochrangige Politikerin in den Skandal involviert war die frühere Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz der Provinz Heilongjiang und vormalige stellvertretende Parteisekretärin derselben Provinz, Frau Han Guizhi. Sie wurde Mitte Dezember 2005 ebenfalls zum Tode mit zweijähriger aufschiebender Wirkung verurteilt, nachdem das Gericht sie für schuldig befunden hatte, zwischen den Jahren 1993 und 2003 7 Mio. RMB Yuan an Bestechungsgeldern entgegengenommen zu haben. Auch Ma De und Han Guizhi war wegen ihrer kooperativen Haltung von den Gerichten Strafmilderung zugestanden worden.

Nach offiziellen Angaben ist die Gesamtzahl landesweiter Korruptionsfälle seit zwei Jahren rückläufig. Allerdings ist eine Zunahme von Fällen zu verzeichnen, in die hochrangige Partei- und Regierungsfunktionäre verwickelt sind. Die jüngst verhängten langjährigen Haft- und Todesstrafen, die um zahlreiche weitere gegen Funktionäre unterhalb der Ministerial- bzw. Provinzebene verhängte Urteile ergänzt werden könnten, zeugen von den zähen Anstrengungen der parteistaatlichen Führung, auch gegen ranghohe Politiker hart vorzugehen. (XNA, 11., 18.12.05; ST, 19.12.2005; SCMP, 16., 28.12.05; WSJ, 13., 18., 27.12.05) -hol-

Erneut Niederschlagung von Bauernprotesten in Guangdong

Nach den gewaltsamen Zusammenstößen zwischen staatlichen Sicherheitskräften und Protestierenden in Taishi (Provinz Guangdong), die am 12. September 2005 eskaliert waren (vgl. C.a., 6/2005, Dok 10), wurde im Dezember 2005 und Januar 2006 wiederum von mehreren gewalttätigen Konflikten in der südostchinesischen Provinz Guangdong berichtet. In keinem der Fälle konnte eine Konfliktlösung erreicht werden. Die Gründe für die Bauernproteste waren erneut Umweltverschmutzungen, staatliche Landenteignungen sowie Korruption unter den lokalen Funktionären.

Im Zentrum der medialen Berichterstattung stand im Dezember 2005 ein Vorfall in dem Dorf Dongzhou nahe der Kreisstadt Shanwei. Das Dorf wurde am 6. und 7. Dezember zum Schauplatz von gewaltsamen Konflikten zwischen 1.000 bis 3.000 Bauern und Polizeikräften. Gegenstand der bereits seit längerer Zeit schwelenden Proteste der Dorfbevölkerung waren inadäquate Kompensationszahlungen für Landenteignungen, befürchtete Umweltverschmutzungen sowie die Zerstörung von Fischgründen durch den Bau eines Kohlekraftwerkes und den geplanten Bau eines weiteren Kraftwerkes. Die vormalig landwirtschaftlichen Nutzflächen wurden zur Errichtung einer Industriezone genutzt. Berichten der Anwohner zufolge hatten die Protestierenden bereits vergeblich legale Rechtsmittel in Form von Petitionen bei der Provinz- und den Lokalregierungen eingelegt.

Hongkonger Zeitungen berichteten, dass die Geschädigten seit März 2005 die Bauarbeiten gestört und Mahnwachen an dem Kraftwerk abgehalten hätten. Als sich Anfang Dezember 2005 die Nachricht verbreitet habe, dass Sicherheitskräfte die Blockaden auflösen wollten, seien Bauern aus den umliegenden Dörfern zur Verstärkung herbeigeströmt. Nach der Verhaftung von drei Protestierenden sei es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen mehreren Hundert bewaffneten Sicherheitskräften und den Demonstranten gekommen. Unter dem Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Schusswaffen sei die Protestaktion beendet worden. Die Zahl der durch Schüsse der Polizei getöteten Bauern schwankt unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 10 und 30.

Die Eskalation scheint sich aus Sicht der Polizei an der Bedrohung durch Brandsätze werfende Demonstranten entzündet zu haben. Augenzeugen werfen den Sicherheitskräften hingegen vor, unvermittelt in die unbewaffnete Menge geschossen zu haben. Die Lokalbehörden leugneten zunächst den Tod von Protestierenden, gestanden vier Tage nach dem Konflikt jedoch ein, dass drei Bauern im Zuge der „chaotischen“ Auseinandersetzungen „versehentlich“ getötet und acht weitere verletzt worden seien (XNA, 11.12.05). Sowohl die Verbreitung dieser Nachricht als auch die gesamte Berichterstattung blieb auf die Provinz Guangdong beschränkt. Als Reaktion auf die Niederschlagung der bäuerlichen Proteste verhafteten die Provinzbehörden einen verantwortlichen Kommandeur der Sicherheitskräfte.

Nur einen Monat später beendeten staatliche Sicherheitskräfte eine weitere Protest-

aktion in der Provinz Guangdong gewaltsam. Nach Meldungen Hongkonger Medien blockierten ca. 400 Bauern des Dorfes Panlong, Kreis Zhongshan, Anfang Januar mehrere Tage lang ein Teilstück der Provinzautobahn in Richtung Beijing. Am 14. Januar führten Sicherheitskräfte gewaltsam das Ende der Sitzblockade herbei. Bei den Ausschreitungen wurden ca. 60 Personen verletzt und ein junges Mädchen getötet. Regierungsstellen wiesen eine Verantwortung für den Tod zurück und gaben an, dass das Mädchen an einem Herzinfarkt verstorben sei.

Die Blockade markierte den vorläufigen Höhepunkt der bäuerlichen Proteste, die sich auf Landverkäufe im Jahr 1993 zurückführen lassen. Die enteigneten Bauern mussten im Nachhinein feststellen, dass die enteigneten landwirtschaftlichen Flächen nicht, wie angenommen, für den Bau der Autobahn vom nahe gelegenen Zhuhai nach Beijing bestimmt waren, sondern vielmehr für eine neue Industriezone benötigt wurden. Seit dem Verkauf an ein Hongkonger Textilunternehmen zum Bau einer Fabrik ringen die Bewohner von Panlong um adäquate Kompensationsleistungen. Das von dem Unternehmen bezahlte Geld wurde großteils von Partei- und Regierungsfunktionären veruntreut.

In zwei Fällen von Gewaltkonflikten im letzten Jahr wurden im Januar 2006 indes rechtliche Konsequenzen bekannt. Einige der Bauern, die im April 2005 in der ostchinesischen Provinz Zhejiang mit Sicherheitskräften zusammengestoßen waren, wurden zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der Parteisekretär und der Bürgermeister

des Dorfes Dongyang wurden entlassen (vgl. C.a., 3/2005, Dok 19). Ein Parteisekretär und 26 weitere Personen, die im Juni 2005 den Tod von sechs Protestierenden in der nordchinesischen Provinz Hebei verschuldet hatten, müssen sich seit Dezember 2005 einem Verfahren vor dem Bezirksgericht stellen (vgl. C.a., 4/2005, Dok 15).

Wie das Ministerium für öffentliche Sicherheit am 19. Januar d.J. bekannt gab, stieg die Zahl der gesellschaftlichen Proteste im Jahr 2005 erneut an. Lagen sie 2003 noch bei 58.000, erhöhten sie sich 2004 bereits auf 74.000 und 2005 auf 87.000. Ministerpräsident Wen Jiabao wies die Schuld an der steigenden Zahl gesellschaftlicher Unruhen klar den Lokalregierungen zu. Deren Partei- und Regierungsfunktionäre provozierten durch illegale Landenteignungen und unzureichende Kompensationszahlungen den Unmut der Landbevölkerung. (SCMP, 8., 11.12.05, 1.,16.1.06; WSJ, 7.,14.12.05, 10., 16.1.06; *Ping Kuo Rih Pao*, 7.12.05, nach BBC PF, 8.12.05; MB, 8.12.05, nach BBC PF, 9.12.05; ST, 12.12.05; IHT, 9., 16.12.05, 17.1.06; FT, 12.12.05, 21./22.1.06; XNA, 19.1.06) -kw-

Beijinger Boulevardzeitung jüngstes Opfer staatlicher Pressezensur

Eine populäre Beijinger Boulevardzeitung ist Ende Dezember 2005 prominentes Opfer staatlicher Pressezensur geworden. Die Entlassung des Chefredakteurs der *Beijing News* (*Xin Jing Bao*) gab Anlass für einen eintägigen Ausstand eines Teils der Zeitungsmitar-

beiter, der unter chinesischen Journalisten großes Aufsehen erregte.

Wie ausschließlich durch Hongkonger und ausländische Medienberichte zu erfahren war, wurden Yang Bin, seit März 2005 Chefredakteur der *Beijing News*, und zwei seiner Stellvertreter am 29. Dezember entlassen. Von offizieller Seite wurden keine Gründe für den Schritt angegeben, doch erkannten Medienvertreter darin ein klares Signal, dass die Zeitung mit ihrem investigativen Stil, dem sie ihre Popularität verdankte, die Grenzen staatlicher Pressezensur überschritten hatte. Wiederholt hatte das Blatt, das zuletzt eine Auflagenstärke zwischen 80.000 und 100.000 erreichte und über 300 Mitarbeiter beschäftigt, in den vergangenen zwei Jahren zu Korruptionsfällen, Gesundheitsskandalen und anderen sozialen Missständen recherchiert. Im Juni 2005 berichteten die *Beijing News* über Proteste gegen die Zwangsentziehung landwirtschaftlicher Flächen für den Bau einer Kraftwerksdeponie in der Provinz Hebei, bei der im Gefolge des Einsatzes bewaffneter Milizen sechs Protestierende getötet und über 50 weitere schwer verletzt worden sein sollen. Der Vorfall gewann besondere informationspolitische Sensibilität, nachdem ein Videoband mit der Aufzeichnung der Gewaltkonflikte ins Ausland gelangt war (vgl. C.a., 4/2005, Dok 15).

Neben diesen Zeugnissen eines investigativen Journalismus, den viele Kommentatoren als Hauptgrund für die Entlassung der Redakteure sehen, dürften auch grundsätzliche Differenzen zwischen den beiden Eignern der Zeitung eine Rolle gespielt haben. Im Jahr 2003 waren die *Beijing News* als Ko-

operationsprodukt der allgemein als konservativ geltenden hauptstädtischen Parteizeitung *Guangming Daily* (*Guangming Ribao*) und der liberalen, kommerziell agierenden Guangzhouer Zeitungsgruppe Southern Metropolitan Group, Herausgeberin der erfolgreichen *Southern Metropolitan Daily* (*Nanfeng Dushi Bao*) gegründet worden. Damit stellen die *Beijing News* ein seltenes Beispiel interregionaler Zusammenarbeit zwischen Zeitungsverlagen in der VR China dar. Dabei übernahm die *Guangming Daily*, die unter anderem den Präsidenten des Blattes stellte, die politische Patronage, während die inhaltliche Verantwortlichkeit für die journalistische Arbeit und Berichterstattung der Zeitung von der Southern Metropolitan Group getragen wurde, die die leitenden Redakteure stellte. Diese Arbeitsteilung führte jedoch nach Insiderinformationen zu wachsenden Spannungen, nachdem der aus Guangdong importierte investigative Stil unter den Augen des hauptstädtischen Zensurapparats wiederholt Argwohn erweckte. Bereits im März 2005 waren der damalige Chefredakteur sowie der Generalsekretär der *Beijing News* unter dem Vorwurf finanziellen Missmanagements während ihrer vorangehenden Tätigkeit im Verlag der *Southern Metropolitan Daily* entlassen worden.

Soweit bekannt, wurde Yang Bin nach seiner Entlassung nach Guangzhou zurückversetzt und die redaktionelle Verantwortung für die *Beijing News* an die *Guangming Daily* übertragen. Aus Protest gegen diese Übernahme durch die konservative Beijinger Parteizeitung traten am 30. Dezember rund 100 Mitarbeiter des Blattes in den Ausstand. Statt der üblichen rund 80 Seiten er-

schien die Zeitung am Folgetag mit einer Stärke von nur 30 Seiten.

Während die staatlichen chinesischen Medien über die Entlassung Yang Bins und den Ausstand der Zeitungsmitarbeiter nicht berichteten, gaben diese Ereignisse in den Folgetagen landesweit Anlass für zahlreiche kritische Kommentare und Solidarisierungsaufrufe von Journalistenkollegen im Internet. Mehrere Blogs wurden daraufhin von ihren Betreibern kurzerhand geschlossen, darunter auch ein populärer Blog der Microsoft Corp., der von Zhao Jing, einem prominenten chinesischen Journalisten, moderiert wurde. Zhao Jing (Pseudonym Michael Anti) hatte bereits am 28. Dezember auf mögliche personelle Veränderungen an der Spitze der *Beijing News* hingewiesen und anschließend den staatlichen Zensureingriff scharf kritisiert sowie zu einem Boykott des nunmehr unter der Regie der *Guangming Daily* produzierten Blattes aufgerufen. Nachdem sein Blog von Microsoft daraufhin am 30. Dezember ohne Vorankündigung geschlossen worden war, meldete sich Zhao Jing wenige Tage später von einer US-amerikanischen Hostseite mit scharfer Kritik an den chinesischen Zensurpraktiken und dem Verhalten von Microsoft wieder zu Wort.

Wie dieses Nachspiel im Internet zeigt, werden von der parteistaatlichen Medienzensur in der VR China immer häufiger auch internationale Akteure erfasst. Angesichts der viel versprechenden Marktchancen im chinesischen Mediensektor stehen global agierende Medienunternehmen zunehmend unter Druck, sich den behördlichen Zensurpraktiken, Regularien und Normen der Volksrepublik anzupassen. Insbe-

sondere international tätige Internetdienstleister wie Yahoo und Microsoft sind in den vergangenen Monaten wiederholt in die Kritik geraten, den chinesischen Staat bei seinen Bemühungen um politische Kontrolle des Internets zu unterstützen (vgl. C.a., 5/2005, Dok 17). (SCMP, 29., 30.12.05; ST, 30.12.05; IHT, 30.12.05, 6., 12.1.06; WSJ, 30., 31.12.05, 6.1.06; *Taipei Times*, 1.1.06; FT, 4.1.06; FAZ, 31.12.05; taz, 31.12.05/1.1.06) -hol-

Letztes Mitglied der „Viererbande“ gestorben

Als letztes Mitglied der kulturrevolutionären „Viererbande“ ist Yao Wenyuan am 23. Dezember 2005 im Alter von 74 Jahren gestorben. Die staatlichen Medien gaben seinen Tod erst zwei Wochen später bekannt. Als Todesursache wurden die Folgen einer Diabetes-Erkrankung genannt.

Der 1931 geborene Yao Wenyuan gilt allgemein als Chefideologe und -propagandist der kulturrevolutionären Linken, die unter Jiang Qing, der Frau Mao Zedongs, von Shanghai aus zunächst vor allem im Kultur- und Literaturbereich tätig war. Als Journalist und Literaturkritiker veröffentlichte er im November 1965 auf Veranlassung Mao Zedongs in der Shanghaier *Wenhui Bao* eine scharfe Kritik an der Peking-Oper *Hai Rui ba guan* (Hai Rui wird aus dem Amt entlassen). Die von Wu Han, einem Historiker und stellvertretenden Bürgermeister Beijings, verfasste Oper behandelte das Schicksal einer historischen Figur aus dem 16. Jh., des Gouverneurs Hai Rui, der durch seinen Einsatz für die Rechte des Volkes den Herrscher konfrontierte und daraufhin von

diesem seines Amtes enthoben wurde. Damit spielte die Oper auf die Kritik Peng Dehuais an Mao Zedong's Politik des „Großen Sprungs“ im Jahre 1959 an, die Pengs Absetzung zur Folge hatte. Yao Wenyuans scharfzüngige Attacke auf diese Kritik an Mao Zedong wurde im Nachhinein als Auftakt zur „Kulturrevolution“ und zur Denunzierung zahlreicher Intellektueller als „Konterrevolutionäre“ und „Klassenfeinde“ betrachtet. Auch in den Folgejahren kämpfte Yao Wenyuan als Literatur- und Kulturkritiker zuvorderst an der propagandistischen Front.

Politischen Einfluss gewann die später als „Viererbande“ bezeichnete Gruppierung im Lauf der 1970er Jahre mit zunehmender Senilität des greisen Mao Zedong. Vier Wochen nach dessen Tod im September 1976 wurden die Mitglieder der „Viererbande“ verhaftet und im Gefolge in Schauprozessen für die Exzesse der zurückliegenden 10 Jahre der „Kulturrevolution“ verantwortlich gemacht. Yao Wenyuan wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, die er in einem Gefängnis bei Beijing vollständig verbüßte. Seit seiner Freilassung im Jahr 1996 lebte er zurückgezogen in Shanghai, wo er sich historischen Studien gewidmet haben soll. Angeblich soll er im Jahr 2005 ein Buch mit Memoiren über die Zeit der Kulturrevolution abgeschlossen haben, dessen Veröffentlichung jedoch untersagt wurde.

Yao Wenyuan überlebte die anderen drei Mitglieder der „Viererbande“. Jiang Qing, die 1981 zunächst zum Tode und später zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, beging im Jahr 1991 Selbstmord. Wang Hongwen, ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilt, starb 1992 an Krebs. Ebenfalls an ei-

nem Krebsleiden starb zuletzt im April 2005 Zhang Chunqiao, der 1981 wie Jiang Qing zur Todesstrafe verurteilt worden war, die später in eine lebenslange und schließlich in eine 18-jährige Freiheitsstrafe verwandelt worden war. In der öffentlichen Diskussion spielte das Schicksal der „Viererbände“ in den vergangenen Jahren keine signifikante Rolle; im Vordergrund der Thematisierung der Epoche stehen, wenn überhaupt, die Aufarbeitung persönlicher Leidensgeschichten und die politischen Entscheidungsprozesse, die zu den Exzessen der „Kulturrevolution“ führten. Es ist kaum damit zu rechnen, dass der Tod des letzten Mitglieds der „Viererbände“ den Anlass für eine Neubewertung der „Kulturrevolution“ in der Volksrepublik geben wird. (XNA, 6.1.06; SCMP, 6., 7.1.06; FT, 8.1.06) -hol-

Neu aufgelegtes Internetinformationssystem der Zentralregierung

Als „Anbruch einer neuen Ära des E-Government“ wurde der Start eines neuen Internetinformationssystems der chinesischen Zentralregierung (*Zhongguo zhengfu wang*) am 1. Januar 2006 offiziell gefeiert. Bei dem Portal www.gov.cn handelt es sich um eine Neuauflage des im Januar 2000 begonnenen „Government Online Project“ (*Zhengfu shangwang gongcheng*), das sich damals zum Ziel gesetzt hatte, das Portal innerhalb von zwei Jahren zu einem national integrierten Informationssystem auszubauen (C.a., 2000/1, Ü 8).

Wie chinesische Experten kritisierten, litt das bisherige Portal der Zentralregierung

an uneinheitlicher Gestaltung, zahlreichen blinden Links und redundanten oder veralteten Informationen. Zu den landesweit über 10.000 Webseiten lokaler Regierungen und Verwaltungsbehörden gab es meist keine Verbindungen. Auch fehlten Möglichkeiten der interaktiven Kommunikation zwischen Bürgern und Regierungsbehörden und ein adäquates Angebot an staatlichen Internetdienstleistungen für die Bürger.

Das in chinesischer (Kurz- und Langzeichen) und englischer Sprache neu aufgelegte Internetinformationssystem soll diese Probleme und Mängel nun beheben. Auf der Plattform sind nicht nur die große Mehrzahl der Staatsratsorgane, sondern auch Regierungen auf Provinz- und Stadtebene vernetzt, die über ihre Belange informieren und Online-Dienstleistungen anbieten können. Über verschiedene Felder sind zahlreiche Informationen über Regierungsaufbau und -arbeit, Gesetze, Bestimmungen, Dokumente, Rundschreiben etc., Online-Services für Bürger, Unternehmen und Ausländer, Optionen zur interaktiven Kommunikation mit Regierungsstellen sowie weitergehende Anwendungsfunktionen abrufbar. Durch die systematische Vernetzung mit Regierungsstellen auf kommunaler Ebene hoffen die Betreiber des Portals zugleich, zur landesweiten Vereinheitlichung von E-Government-Standards beizutragen.

Zum Chefredakteur des Portals wurde Zhou Xisheng benannt, der zugleich als Präsident der Webseite der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua fungiert. Angesichts dieser Personalunion mit dem staatlichen Presseapparat ist zu vermuten, dass neben den genannten Funktionen Aspekte der staatli-

chen Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege – auch gegenüber dem Ausland – eine zentrale Rolle spielen. (Xinhua, 31.12.05, nach BBC PF, 1.2.06; XNA, 1., 2., 12.1.06) -hol-

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Pläne zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit veröffentlicht

Das Zentralkomitee der KPCh und der Staatsrat richteten unter der neuen parteistaatlichen Führung von Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao erstmals vom 9. bis 11. Januar 2006 eine Konferenz zu Wissenschaft und Technologie in Beijing aus. Die letzte Konferenz hatte im Jahr 1999 noch unter dem Vorsitz von Hus Amtsvorgänger Jiang Zemin stattgefunden (vgl. C.a., 2003/8, Ü 13). Mehr als 1.000 Partei- und Regierungsvertreter der Provinzen, Vertreter verschiedener Ministerien sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft nahmen an den Gesprächen über die Stärkung der technologischen Innovationsfähigkeit teil.

Zeitnah zum 11. Fünf-Jahres-Programm, das im Oktober 2005 veröffentlicht worden war, stellten Hu Jintao und Wen Jiabao anlässlich der Konferenz mehrere Ansatzpunkte vor, mit deren Hilfe die nationale Wettbewerbsfähigkeit erheblich verbessert werden solle. Hu warb in seiner Rede für die Umsetzung der Entwicklungsstrategie der „eigen-

ständigen Innovationen“ und untermauerte die Dringlichkeit ihrer Umsetzung. Wie seinen Ausführungen zu entnehmen war, wird von der parteistaatlichen Führung die technologische Unabhängigkeit als Kernpunkt der Wettbewerbsfähigkeit angesehen, für die in verstärktem Maße eigenständige Innovationen hervorzubringen sind. Damit solle die VR China bis zum Jahr 2020 zu einer globalen Führungsmacht werden. Hu verwies hierzu auf das neue Entwicklungsprogramm für Wissenschaft und Technologie von 2006 bis 2020.

Weiter führte Hu aus, dass sich China von seinem Image befreien müsse, mit seiner Wirtschaftskraft zwar Weltspitzenniveau erreicht zu haben, jedoch nur unzureichend mit eigenen Hochtechnologien ausgestattet zu sein. Die Wettbewerbsfähigkeit solle dazu schwerpunktmäßig in den Technologien für Energie- und Wasserressourcen und Umweltschutz gesteigert werden. Als weitere Bereiche benannte er Informationstechnologie, Biotechnologie, Hightechmaterialien sowie Luft- und Raumfahrt.

Bessere Rahmenbedingungen für eigenständige Innovationen sollen institutionell, durch höhere Investitionen, mehr Rechtssicherheit und verbessertes Management geschaffen werden, so Ministerpräsident Wen Jiabao in seiner Rede. So könnten steuerliche Anreize für Unternehmen geschaffen werden, mehr in den F&E-Bereich zu investieren. Die Industrialisierung der Hochtechnologien könne nach Meinung Wens mittels einer geeigneten Industriepolitik vervollkommen werden. Fortschritte im Bereich des Schutzes geistiger Eigentumsrechte, einer der zentralen Problemfelder im chinesi-